

Sankt PaulinX



... mit dem LINKEN Auge siehst Du schärfer!

Nr. 4 Januar/Februar 2010

**Termiten im
Karoviertel**

Seite 8-9



**BNQ:
Nur DIE LINKE
stimmt dagegen**

Seite 6-7

**Bundestagswahl
auf St. Pauli:
LINKE vor SPD!**

Seite 10

LINKE Opposition wirkt: Mietensicherung für Wohlwillstr. 30-34!

Köhler & von Barga – diese Namen lösen auf St. Pauli äußerst negative Emotionen aus: Wie Geier stürzen diese Investoren sich auf Häuser in unserem Viertel und kaufen sie auf. Besonders berüchtigtes Beispiel: der Kauf zahlreicher Häuser und Grundstücke auf der Bernhard-Nocht- und der Erichstraße, wo sie das „Bernhard-Nocht-Quartier errichten wollen. Welche Schweinereien sie dort vorhaben, wird in der Mitte dieses Heftes näher erläutert.

Kaum Notiz genommen hat die Öffentlichkeit hingegen vom Kauf der Häuser Wohlwillstr. 30-34, die seit Jahren verfallen und von daher sanierungsbedürftig sind. Bereits im Mai 2009 stimmte der Sanierungsbeirat Wohlwillstraße geschlossen mit Ausnahme der Linken Vertreterin Verena Brachvogel für die Modernisierungsplanung und für die Aufstockung des Gebäudes Nr. 34 um ein Vollgeschoss.

DIE LINKE lehnte diese Planung in den zuständigen Ausschüssen auf Bezirksebene ab, weil es keine verbindliche Zusage des Investors gab, ob er für die Gebäude tatsächlich öffentliche Fördermittel in Anspruch nähme, was eine Mietpreis- und Belegungsbindung zur Folge hätte. Zudem wollte Herr Köhler sich erstmal nicht festlegen, ob bei der Aufstockung eine Miet- oder Eigentumswohnung entstehen sollte. Als die Bezirkskoalition aus SPD und GAL mit dem LINKEN Widerstand konfrontiert wurde, nahm sie Abstand von dem ursprünglichen Vorhaben, dieses Bauvorhaben noch schnell vor der Sommerpause durch-

zuwinken und beantragte eine Vertagung.

Aufgrund unseres Drucks aus der Opposition heraus wurden die Verhandlungen mit dem Investor konkretisiert. Erst als feststand, dass es sich bei allen Wohnungen in den betroffenen Gebäuden um Mietwohnungen mit Mietpreisbindung handeln werde, haben auch wir dem Antrag zugestimmt. Im Kampf gegen die Verdrängung einkommensschwächerer Menschen aus St. Pauli sind die hier errungenen Zugeständnisse erfreulich. Äußerst ärgerlich ist jedoch, dass der Leiter des Fachamts Stadt- und Landschaftsplanung, Herr Mathe, im Nachhinein eingestehen musste, den Fraktionen eine Fehlinformation gegeben zu haben: Der Mietpreis für die Wohnung in dem neuen Geschoss unterliegt nun doch keiner Mietpreisbindung. Hätte Herr Mathe uns sachkundig informiert, hätte DIE LINKE gegen die neue hochpreisige Maisonettewohnung gestimmt, während SPD und Grüne schließlich betonten, hiermit kein Problem zu haben. Trotzdem freuen wir uns mit den sonstigen MieterInnen der Häuser, dass ihre Wohnungen instand gesetzt werden und die Miete zumindest befristet mit 5,05€/qm relativ günstig bleibt. **Fazit: LINKE Opposition wirkt! Hoffentlich immer öfter.**

In diesem Sinne wünscht Euch im Namen der ganzen Stadtteilgruppe eine interessante Lektüre der 4. Sankt PauLinX

*Markus Schneider-Johnen,
Sprecher DIE LINKE. St. Pauli*

Impressum

Herausgeberin: **DIE LINKE. Stadtteilgruppe St. Pauli**

V.i.S.d.P.: Markus Schneider-Johnen

Redaktionsschluss für Nr. 5: 31. März 2010

Fotonachweis: S. 3,8: Yo Loewy / S. 11: Anna Scheer / S. 1,5,6,7,9,10,12: Markus Schneider-Johnen

Mail: via@die-linke-st-pauli.de

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

Wieder Jüdisches Leben im Karoviertel

Nach fast 70 Jahren wird es wieder jüdisches Leben im Karolinenviertel geben: Die Liberale Jüdische Gemeinde Hamburg wird die Turnhalle der ehemaligen Israelitischen Töchterschule und einen Neubau auf dem anliegenden Parkplatzgelände beziehen. Anfang 2008 wurde der Verfasser von einem Mitglied des Sanierungsbeirates Karolinenviertel darauf aufmerksam

gemacht, dass die Werbeagentur Jung von Matt beabsichtige, in der Turnhalle der Töchterschule einen Ruheraum für ihre MitarbeiterInnen einzurichten. Die Agentur, bekannt z. B. durch die nationalistische „Du bist Deutschland“-Kampagne, residiert schon seit Jahren in zwei Räumlichkeiten in der Glashüttenstrasse, die in der Nazizeit ‚arisiert‘ worden waren.



Turnhalle der Töchterschule mit freigelegten Kinderzeichnungen auf der Rückwand

Der Verfasser empfahl damals, die Leiterin der Gedenkstätte Töchterschule als Referentin in den Beirat einzuladen. Darüber hinaus erinnerte er daran, dass die Turnhalle der Töchterschule 1941 mehrfach als Deportationsstätte gedient hatte. Im Januar 1942 waren die noch in Hamburg verbliebenen Juden genötigt worden, Winterkleidung u. a. in der Turnhalle abzuliefern. Zum Sommer 1942 hatten die Nazis die endgültige Schließung der Jüdischen Schule erreicht und die Gebäude der Gestapo überantwortet, die sie der Hamburger Schulbehörde weiterreichte. Es zog dann zunächst eine Sprachheilschule ein, dann wieder die Hamburger Gestapo, die die Räumlichkeiten u. a. bis Kriegsende 1945 als Archiv nutzte. Die Referentin der Gedenkstätte Töchterschule, ein Ortstermin von Beirat, Politik und Verwaltung sowie zwei Anfragen der

Linksfraktion in der Bürgerschaft brachten dann die Wende: Die Schulsenatorin signalisierte dem Abgeordneten der Linksfraktion, Dr. Bischoff, die Bereitschaft, die von Ernst Friedheim gebaute Turnhalle einer nicht-kommerziellen Nutzung zuzuführen. Im Frühjahr 2009 vereinbarte dann die Liberale Jüdische Gemeinde Hamburg mit der Schulbehörde, was der Gemeindevorsitzende Dr. Epstein als „sehr gute Lösung“ bezeichnete: Die nun unter Denkmalschutz gestellte Turnhalle und ein noch zu errichtender Anbau werden der Liberalen Jüdischen Gemeinde zur Verfügung gestellt.

*Marut G. Perle,
für DIE LINKE Mitglied
im Sanierungsbeirat Karoviertel*

Erinnerung an Helmuth Hübener

Ein 17jähriger Verwaltungslehrling in der Hamburgischen Sozialbehörde wurde 1942 in Berlin vom Volksgerichtshof in Berlin als Anführer einer Widerstandsgruppe zum Tode verurteilt und am 27. Oktober 1942 im Gefängnis Berlin-Plötzensee enthauptet. Sein „Vergehen“: Abhören ausländischer Sender und Hochverrat.

Helmuth Hübener wurde am 8.1.1925 geboren als uneheliches Kind einer armen Familie. Er wuchs in Horn in der Luisenstr. auf und gehörte wie seine Familie zu den Mormonen („Kirche Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage“). Erst war er ein begeisterter Hitlerjunge, doch seine christliche Überzeugung und der Kontakt zu jungen Kommunisten, die sich regelmäßig im Bismarckbad in Altona trafen, bestärkte ihn darin, die Verlogenheit der Nazi Herrschaft und deren Grausamkeiten aufzudecken und die Menschen in seinem Stadtteil aufzurütteln.

Die Flugblätter schrieb er, andere vervielfältigten sie. Er und seine Gruppe verteilten sie in Hamm, Hammerbrook und Rothenburgsort, in Briefkästen und auf Tanzvergügungen, vor allem auch in der Nacht, nach der Arbeit. Im Februar 1942 wurde er denunziert von einem Kollegen, dem Betriebsobmann Heinrich Mohns, ins Gestapogefängnis nach Fuhlsbüttel gebracht und gefoltert. Die Gestapo konnte nicht glauben, dass die Flugblätter von einem 17jährigen stammten und vermuteten weitere Beteiligte. Trotz brutaler Schläge hat er den Mund gehalten und den noch nicht Verhafteten das Leben gerettet. Beim Prozess

in Berlin hat er die Hauptschuld auf sich genommen und so wurden seine Mitangeklagten „nur“ zu mehreren Jahren Gefängnis wegen Abhörens ausländischer Sender verurteilt.

Hübener, der als einziger der Angeklagten gefesselt war, rief nach der Urteilsverkündung den Richtern zu: „Wartet, Ihr kommt auch noch dran!“



Es gibt kein Grab, denn seine Leiche wurde in die Anatomie der Charité in Berlin gebracht. Seine Mutter und andere Familienangehörige sind bei den Bombenangriffen auf Hamburg 1943 gestorben. Der Denunziant wurde nach dem Krieg zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Mitte der 70iger Jahre wurde bei der Sozialbehörde in der Hamburger Straße zur Erinnerung an Helmuth Hübener eine Bronzetafel angebracht.

Hermann Schön, Vorsitzender des Personalrats der Arbeits- und Sozialbehörde (BAGS) sagte in seiner Rede: „Dieser Widerstand, nur von Menschen mit Mut und Festigkeit leistbar, fand seinen moralischen Rückhalt im wesentlichen in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft.“

Die Ver.di-Betriebsgruppe in der Sozialbehörde erinnert in der Oktoberausgabe ihrer Zeitung „Der Stachel“ an Helmuth Hübener und lädt KollegInnen dazu ein, im Ver.di-Antifa-Arbeitskreis mitzuarbeiten, Treffen: jeden 1. Dienstag im Monat um 18 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Kontakte über:

agnes.schreieder@verdi.de



Übereinezusätzliche Namensgebung nach Helmuth Hübener für das Familienzentrum bei der Schilleroper sollte meines Erachtens neu nachgedacht werden. Meinungen von LeserInnen zu dem Thema sind willkommen und können gemailt werden an viva@die-linke-st-pauli.de.

*Christine Detamble-Voss,
stv. Vors. DIE LINKE. Fraktion HH-Mitte*

Kurz, aber wichtig

Offene Treffen

DIE LINKE. Stadtteilgruppe St. Pauli

jeweils am 1. Dienstag im Monat
um 19.30 Uhr,

Haus der Grauen Panther Hamburg e.V.,
Lerchenstr. 37 (nahe Schilleroper)

Die nächsten Treffen:

2. Februar

2. März

6. April

Herzlichen Dank an die Grauen Panther, dass wir uns bei ihnen in netter Atmosphäre treffen können. Lange haben wir nach einer solchen Räumlichkeit für unsere Treffen gesucht. Wie andere auch sind die Panther überparteilich. Umso erfreulicher, dass wir trotzdem willkommen sind. Willkommen sind auch Nicht-Mitglieder bei unseren offenen Treffen.

Straßenbenennung nach Willi Bartels?

SPD und GAL wollen den verstorbenen „Kiezkönig“ Willi Bartels mit der Benennung einer Straße auf St. Pauli ehren. Er habe sich um St. Pauli verdient gemacht. Da ist DIE LINKE anderer Meinung. Eure Meinungen hierzu könnt ihr uns gerne mailen: viva@die-linke-st-pauli.de. Mehr hierzu dann in der nächsten Ausgabe.

Nur DIE LINKE gegen Tanzende Türme

Die Abbrucharbeiten haben längst begonnen und die ekligen Bürotürme drohen unser Viertel unweigerlich zu verunstalten. Die angeblichen AufschickungsgegnerInnen von SPD und GAL sind genau wie CDU und FDP entschieden dafür, nur DIE LINKE hat mit NEIN votiert.



Bernhard-Nocht-Quartier: Nur LINKE stimmte dagegen

„Sich dagegen zu wehren, dass Stadtteile aufgewertet werden, ist schwer. Und ich kann nicht sagen, dass der Bezirk daran vollkommen unschuldig ist.“ (Bezirksamtsleiter Markus Schreiber in der taz, 26.09.09)

Einsicht ist der erste Schritt zur Besserung, heißt es ja bekanntlich. Die Einsicht, dass auf St. Pauli seit Jahren vieles schief läuft und die weit vorangeschrittene Yuppisierung gestoppt werden müsse, hat der Herr Bezirksamtsleiter vor den Europa- und Bundestagswahlen gebetsmühlenartig in den lokalen Medien kundgetan. Im Konkreten aber bleibt die Bezirkskoalition aus SPD und Grünen auf ihrem Kurs der Zerstörung gewachsener Strukturen und des Austauschs der Bevölkerung auf St. Pauli. Statt einer Kehrtwende werden weiterhin Häuser mit teuren Eigentumswohnungen aus dem Boden gestampft. Und daran ist der Bezirk tatsächlich nicht unschuldig - ganz richtig, Herr Schreiber!

In St. Pauli-Süd ist mit dem Bau des leblosen sog. Brauereiquartiers die Bauwut noch lange nicht gestoppt. Jetzt ist auch noch das „Bernhard-Nocht-Quartier“ mit der Befürwortung des Bauantrags am 6. Januar 2010 durch SPD, GAL und CDU beschlossene Sache. Nur DIE LINKE hat im Bauausschuss des Bezirksparlaments dagegen gestimmt. Die Initiative „NO BNQ“ wurde von der Bezirkskoalition auf ein noch ausstehendes Gespräch mit dem Investor verwiesen - als ob da noch was zu bewegen wäre... Der verheerende Beschluss gibt dem Investor (Köhler & von Bargen) nun freie Hand, die Häuser Bernhard-Nocht-Str. 65-87 und Erichstr. 13-19, 29/35 zu sanieren, modernisieren und zum Teil abzureißen. Neue Häuser mit Gewerbeeinheiten und mindestens 63 (!) Wohnungen sollen gebaut wer-

den, die als Eigentums- und/oder frei finanzierte Mietwohnungen geplant sind, d.h.: **Mindestens 63 neue hochpreisige Luxuswohnungen!**

Die Pläne für das BNQ hatten großen Widerstand in der Anwohnerschaft hervorgerufen – so großen, dass die Investoren und politisch Verantwortlichen zwar nicht aus Einsicht in ihre Fehlplanungen, aber aus Angst vor andauerndem aktivem Widerstand einzulenken schienen und bei einer Anhörung am



Mieterhöhungen nur eine Frage der Zeit...

24.09.09 mehrere Zusagen machten:

In den bestehenden Altbauten werde es keine Luxusmodernisierung der Wohnungen, sondern nur Instandsetzungsmaßnahmen geben; der Mietendurchschnitt werde nach der Sanierung für 10 Jahre festgelegt auf 6,50 €/qm; alle jetzigen WohnungsmieterInnen in den zu sanierenden Häusern erhielten ein garantiertes Bleiberecht; in den nächsten 10 Jahren erfolgten keine Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen. Diese Zusagen muss der Investor in Verträgen mit den MieterInnen schriftlich fixieren, damit die MieterInnen auch für den Fall des Verkaufs der Häuser vor weiteren Begehrlichkeiten geschützt sind.

DIE LINKE gibt sich mit den gemachten Zusagen nicht zufrieden und lehnt den Bau von mindestens 63 Luxuswohnungen ebenso ab wie den beabsichtigten Abriss erhaltenswürdiger Altbauten.



Zirkus Erich, zum Abriss freigegeben...

Diese Forderungen sind realistisch – schließlich ist für St. Pauli-Süd eine städtebauliche Erhaltungsverordnung in Kraft. Dass diese zur Verhinderung des Bernhard-Nocht-Quartiers nicht angewendet worden ist, liegt allein am politischen Unwillen von SPD, GAL, CDU und FDP. Und wenn der Investor meint, ohne Abrisse und Neubauten nicht genügend Kapital aus dem Quar-

tier ziehen zu können, dann hätte er halt woanders investieren sollen. Schließlich hätte die Stadt selber die Grundstücke kaufen und somit zur sozialen und städtebaulichen Erhaltung St. Paulis mit mehr als nur Lippenbekenntnissen beitragen können. Und wenn sie das – wie zu erwarten – gar nicht gewollt hat, hätte immer noch eine Lösung unter Einbeziehung einer Genossenschaft gesucht werden können, die die Interessen der MieterInnen und NachbarInnen berücksichtigt statt auf schnellen Profit aus zu sein.

Eine andere Entscheidung wäre möglich und notwendig gewesen! So aber ist die Yuppisierung St. Paulis nicht zu stoppen. Statt verdummender Sonntagsreden sollte Herr Schreiber endlich eine Kehrtwende im politischen Handeln befördern.

*Markus Schneider-Johnen,
Sprecher DIE LINKE. St. Pauli*

Herzlichen Glückwunsch, Centro Sociale!

DIE LINKE. St. Pauli gratuliert herzlich zum gewonnenen Wettbewerb um das Betreiberkonzept für das Gebäude Sternstr. 2.

Wir freuen uns mit der Sozialgenossenschaft, dass die Farce des Wettbewerbs doch noch ein gutes Ende genommen hat. Wenn die Jury auch zeitweise auf die Rolle einer Statistin degradiert wurde, hat unsere Vertreterin in der Jury, Bea Rau, von Anfang an die Position vertreten, dass es keine besseren BewerberInnen gab als das Centro Sociale. Nun gilt es, den horrenden Mietvorstellungen der steg entgegenzutreten. DIE LINKE. St Pauli ist wie viele Engagierte rund um den nicht-kommerziellen Stadtteiltreff der Auffassung:

Betriebskosten, sonst nix!

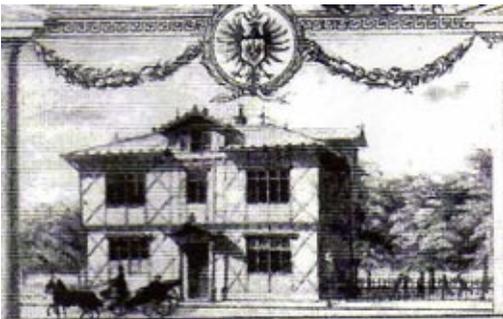


Was wird aus dem „Haus der Termite“?

Ende November 2009 wurde der Sanierungsbeirat Karolinenviertel mit einem Bauvorbescheidsantrag für einen Neubau befasst, den die Russisch-Orthodoxe Gemeinde dort errichten möchte, wo derzeit noch ein Fachwerkbau steht: das sog. „Haus der Heimat“, mittlerweile als „Haus der Termite“ bekannt.

2005 hatte die Russisch-Orthodoxe Gemeinde von der Evangelischen Kirche die Gnadenkirche erworben sowie von der Stadt Hamburg den direkt an der Straße Vor dem Holstentor liegenden Fachwerkbau, bekannt als langjähriger Sitz des Bundes der Vertriebenen unter dem Namen „Haus der Heimat“.

Wer heute vor diesem Fachwerkbau steht, bemerkt sofort, dass mit diesem Gebäude etwas nicht stimmen kann: Dicke Bretter sind rundum auf der Fassade verschraubt, beim genaueren Hinsehen wird deutlich, dass die Fachwerkbalken an vielen Stellen zerfressen sind. Zahlreiche Stahlstempel stützen die Räumlichkeiten des Gebäudes innen ab und verhindern so, dass es in sich zusammenfällt.



Ursprünglich war dieses Gebäude ein Behelfsbau, der 1881 der neu gegründeten Neuen Gelehrtenschule diente, bis diese 1884 an der Moorweide ihr festes Domizil

bezog. Als Wilhelm-Gymnasium residierte die Schule hier bis zum Herbst 1943.



In den 1930er-Jahren machten sich dann Mieter breit, die man bis heute nicht losgeworden ist: die Gelbfuß-Termiten. Über Jahrzehnte hatte sich eine nur in Hamburg vorkommende Subspezies der Gelbfuß-Termite nicht nur durch diesen Bau gefressen, sondern auch das nahe gelegene Oberlandesgericht und das Ziviljustizgebäude heimgesucht. Bei der Sanierung der Justizgebäude ging die Stadt auf Nummer sicher und ersetzte die Holzfenster durch Aluminiumfenster. In Altona hatte Termitenbefall ein kontrolliertes Abbrennen eines Hauses unter Feuerwehraufsicht erforderlich gemacht.

Gänzlich unbeeindruckt von der Sanierung des Fachwerkbaus zeigte sich die Gelbfuß-Termite, fraß sich weiter auch durch frisches Holz und verhinderte schlussendlich bis heute, dass die Russisch-Orthodoxe Kirche ihr Gemeindezentrum in diesem Haus verwirklichen konnte. Gleichzeitig aber ermöglicht das Zerstörungswerk der Gelbfuß-Termite jetzt den Neubau des Gemeindezentrums.

Ende November 2009 stellte nun die Russisch-Orthodoxe Gemeinde ihre Neubaupläne vor. Der von dem renommierten Architektenbüro Jan Störmer hinge-

wurstele Entwurf konnte unter den Mitgliedern des Sanierungsbeirates keinerlei Zustimmung erringen, selbst der Vertreter der Grünen fühlte sich an Bauten „wie in der Pinneberger Einkaufszone“ erinnert.

Neben den schon bekannten Nutzungen als Gemeindezentrum wartete die Vertreterin der Russischen Gemeinde mit der Idee auf, in dem Gebäude auch eine Grundschule einrichten zu wollen. Offensichtlich spekuliert die Gemeinde auf Fördergelder aus dem Schuletat. Wirklich skandalös war die Begründung für den Plan einer Konfessions-Schule: Die Vertreterin der Russischen Gemeinde begründete ihn damit, dass sie von einem (!) Kind der Russischen Gemeinde gehört habe, in den deutschen Schulen seien alle kriminell. Folgerichtig lehnten die Beiratsmitglieder den Plan einer Grundschule völlig ab – eine religiös-reaktionäre Bildungseinrichtung wollte

dann doch niemand im Karoviertel beheimat sehen.

Während die Entscheidung über den Gemeindeneubau die politischen Gremien noch einige Zeit beschäftigen dürfte, ist eine andere Frage noch gar nicht weiter in die politischen Gremien vorgedrungen: nämlich die, mit welcher Sicherheit angenommen werden kann, dass sich die Gelbfuß-Termite nicht schon längst weiter im Karolinenviertel ausgebreitet hat. Diesbezügliche Nachfragen, die der Verfasser seit über einem Jahr im Sanierungsbeirat Karolinenviertel geäußert hat, sind offenbar schon so brisant, dass sie in den Sitzungsprotokollen besser nicht notiert werden.

*Marut G. Perle,
für DIE LINKE Mitglied
im Sanierungsbeirat Karoviertel*



Kompakte Argumentationshilfe zu politischen Erhaltensverordnungen veröffentlicht

Keine 30 Seiten benötigen **Joachim Bischoff, Antje Schellner und Michael Joho**, um mit Daten und Fakten untermauert über **Risiken und Nebenwirkungen von Sozialen Erhaltens- und Umwandlungsverordnungen** gut lesbar zu informieren. Und soviel sei schon verraten: Die Mieten werden durch diese Verordnungen nicht erhalten.

Dazu downloaden: Große Anfrage der LINKEN zur Gentrification (auch in St. Pauli und Schanze) unter buergerschaft-hh.de/parldok - Drucksache 19/4468.

Die handliche Broschüre ist gedruckt erhältlich über DIE LINKE. St. Pauli (viva@die-linke-st-pauli.de) oder online per Download:

www.linksfraktion-hamburg.de/fraktion/veroeffentlichungen/

Wem gehören die Quartiere?

Chancen & Grenzen von Sozialen Erhaltens- und Umwandlungsverordnungen

Joachim Bischoff/Antje Schellner/
Michael Joho

DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Riesenerfolg bei der Bundestagswahl auf St. Pauli: DIE LINKE vor der SPD!

* 24,2 % betrug unser Stimmenanteil bei der Bundestagswahl am 29. September 2009 auf St. Pauli!!! Nur im Stadtteilkonstrukt Sternschanze hat DIE LINKE in Hamburg einen noch höheren Stimmenanteil erzielt: 25,0 %. Aber das Schanzenviertel gehört vom Lebensraum her eh mit zu St. Pauli, also: Wie schon bei der Europawahl ist St. Pauli die linke Hochburg Nr. 1 in Hamburg!

* Wir haben insgesamt 1.741 Stimmen erhalten und liegen damit vor der SPD, die 1.539 Stimmen erhalten hat (21,4 %).

* Die Grünlichen haben auf St. Pauli 4 % verloren.

* Die CDU ist wieder einstellig: Ihr Stimmenanteil sank von 10,3 auf 9,8 %.

* Den höchsten Stimmenanteil holten wir wie schon bei der Europawahl im Stimmbezirk 11203 im Wahllokal Friedrichstraße mit 31,1 %. In diesem Stimmbezirk liegen wir ebenso wie im Stimmbezirk 11204 (ebenfalls Wahllokal Friedrichstr.), in dem wir 29,4 % der Stimmen erhalten haben, vor allen anderen Parteien!

* Die drei Stimmbezirke, in denen DIE LINKE die höchsten Prozentzahlen landesweit errungen hat, sind die folgenden:

1. Antonistraße, Stimmbezirk 20102 (zwar Bezirk Altona, aber vom Lebensraum her natürlich St. Pauli): 31,9 %
2. Friedrichstraße, Stimmbezirk 11203: 31,1 %
3. Glashüttenstraße, Stimmbezirk 10903: 29,4 %

Alle Ergebnisse aus den Hamburger Bezirken, Stadtteilen und Stimmbezirken sind zu finden unter www.wahlen-hamburg.statistik-nord.de.



So schön hatte ein Sympathisant den Eingang zum Galerielokal Senator Watrin, Marktstr. 29, dekoriert.

Nein zum Rauchverbot!

Das Rauchverbot eröffnet dem Überwachungsstaat neue Möglichkeiten der Überwachung, Kontrolle und Bestrafung. Im Privatleben kann dann so richtig losgelegt werden. Videokameras nicht nur auf den Strassen, sondern auch in Lokalen und anderen öffentlichen Treffpunkten. NichtraucherInnen werden zu DenunziantInnen.

Und dann die ungeahnten Möglichkeiten, unter dem Deckmantel des NichtraucherInnen-schutzes, endlich erfolgreich das „Selbstverschuldungsprinzip“ im Gesundheitswesen einführen zu können. Ich sehe schon, wie sich die Krankenkassen, Privatversicherungen, Ärzteverbände



und die Gesundheitswirtschaft die Hände reiben. Welche Möglichkeiten, neue Geldquellen zu eröffnen! Und die Erfassung mit der Gesundheitskarte ist technisch möglich. Die Volksgesundheit MUSS doch gesichert werden: effektiv und effizient. Hurra, erst erfassen, dann, dann...

In der Vergangenheit hat allein das Solidarprinzip der gesetzlichen Krankenkassen ähnliche Bestrebungen verhindern können. Nicht zuletzt auch durch die Selbstverwaltungsorgane in den gesetzlichen Krankenkassen.

Nun soll dieses Solidarprinzip durch die Kopfpauschale zerschlagen werden, was ja auch so gewollt ist. Damit ist die Tür geöffnet, RaucherInnen, Unsportliche, Fettleibige, Drogenabhängige,

Schlechternährte, Alkoholranke etc. nach und nach auszugrenzen und extra zur Kasse zu bitten.

Ein wichtiges Glied der Solidarität in unserer Gesellschaft soll gelockert werden, wenn nicht ganz wegfallen. Und das ist nicht das einzige Glied.

Angstmache vor dem Altwerden, vor Krankheit, vor der gewalttätigen Jugend, vor Terroristen, dem Islam, usw. und sofort. Diese Angst soll uns untereinander misstrauisch machen. Ängstliche Menschen verlieren den Mut, sich zur Wehr zu setzen, verbarrikadieren sich zu Hause und sehen

mit angstvollen Augen nach draußen, in die „schreckliche“ Welt. Sie fühlen sich hilflos und wollen einen Beschützer.

Wenn wir aber einen klaren Kopf behalten, unsere Gemeinsamkeiten pflegen und Konflikte mit gemeinsamen Verabredungen lösen, dann können wir die Angst besiegen und zusammen stark sein - gegen Manipulationen und auch den NichtraucherInnenschutz friedlich lösen.

Es gibt Hoffnung! Auch die Angstmache mit der Schweinegrippe hat nicht funktioniert.

*Christine Detamble-Voss,
stv. Vors. DIE LINKE. Fraktion HH-Mitte*

Bezirk & Buddhistisches Zentrum contra AnwohnerInnen beim Grünen Jäger: Religiöse Pilgerstätte gefährdet öffentliche Grünfläche

St. Pauli-Nord ist schon weithin zubetoniert. Das gesteht auch der Leiter des Fachamts Stadt- und Landschaftsplanung, Herr Mathe, ein. Und möglicherweise hätten sie die kritische Bewertung der geplanten Stupa-Errichtung aus dem Umfeld unterschätzt.

411 Unterschriften aus der Nachbarschaft gegen die Eventisierung des AnwohnerInnenparks, u.a. durch eine buddhistische Pilgerstätte, übergab die AnwohnerInnen-gemeinschaft am 22.09.09 im Bezirksamt. Der Kampf um das Recht auf Stadt findet auch zwischen Grünem Jäger und Neuem Pferdemarkt statt. Dabei geht es um mehr als um eine 10 qm große Grünfläche, die von dem

buddhistischen Phallus bedroht wird: Der Stupa soll bis zu 6,80 Meter hoch werden, die zu seinen Ehren eingegrenzte, vom öffentlichen Grün entnommene Fläche soll sogar 100 qm groß sein! Auch noch im 21. Jahrhundert soll eine öffentliche Fläche unentgeltlich an eine Religionsgemeinschaft verteilt werden – und das in einer scheinbar säkularen Stadt wie Hamburg, unter einer SPD-GAL-Koalition im Bezirk Mitte. Da es sich um eine öffentliche Fläche handelt, unterscheidet sich der Stupa-Plan erheblich von den Diskussionen um Moscheen und Minarette. Wer also unsere Kritik auf eine Stufe stellt mit den Anti-Islam-Hetzereien, die/der will die Menschen auf St. Pauli mal wieder für dumm verkaufen. Auf ihrem Gelände an der Thadenstraße können die BuddhistInnen

gerne einen meterhohen Turm errichten.

Da BuddhistInnen, SPD und GAL sich aber näher zu sein scheinen als die CDU und die christlichen Kirchen, wollen sie vereint den Menschen im Viertel den Bau dieses religiösen Leuchtturms ernsthaft als Geschenk

schmackhaft machen und bewerten dessen Verschmähung als ungehörig. Tatsächlich verschmäh jedoch im Grunde der Architekt des Buddhistischen Zentrums, Herr Knaack, die zur Zerstückelung angebotene Grünfläche, von der er enttäuscht sei, weil sie schmutzlig, wenig attraktiv und sehr laut sei. Zudem sei zu befürchten, dass die Menschen nicht in der gebotenen Ehrfurcht mit dem Stupa umgingen, sondern

ihn vielleicht sogar beschmierten. Hiervon ist ebenso auszugehen wie von der Nutzung der laut Planung von einer Hecke umgebenen Fläche als „stilles Örtchen“ gleich neben dem Hauptfußweg zwischen Schanze und Reeperbahn.

Falls der Verein Stupa Hamburg e.V. bei seiner Absicht bleibt, den Stupa-Bau nur dann zu realisieren, wenn er von der Mehrheit der AnwohnerInnen akzeptiert, ja mehr noch: sogar unterstützt wird, dann ist dieses Projektvorhaben bereits mit der Übergabe der Unterschriften der AnwohnerInnen gescheitert – hoffentlich!



Hier soll der Riesen-Phallus (6,80m hoch) zu stehen kommen.

*Markus Schneider-Johnen,
Sprecher DIE LINKE. St. Pauli*